

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 25. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 24. Mai 2007

1. Abgeordnete Renate Pepper (SPD)

EU-Medienkonferenz Leipzig

Vom 9. bis 11. Mai 2007 veranstaltete die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Leipzig eine Konferenz zur europäischen Medienpolitik „Mehr Vertrauen in Inhalte – Das Potential von Ko- und Selbstregulierung in den digitalen Medien“. Ziel des von Ministerpräsident Kurt Beck als Vorsitzendem der Rundfunkkommission der Länder eröffneten Seminars war, verschiedene Wege zur Sicherung von Nutzervertrauen in Online-Inhalte aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang wurde auch die deutsche Initiative „Ein Netz für Kinder“ vorgestellt, die einen Raum für Kinder im Internet schaffen möchte, der von einem positiven Wertgefüge geprägt ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern kann die europäische Medienpolitik Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Kinder und Jugendliche die Angebote des Internets möglichst ohne Risiko nutzen können?
2. Welche Schlussfolgerungen lassen sich diesbezüglich aus den Beratungen der Konferenz ziehen?
3. In welcher Weise leistet die Landesregierung einen Beitrag zur Verbesserung entsprechender Rahmenbedingungen im Internet?

2. Abgeordnete Hans-Josef Bracht, Gerd Schreiner und Matthias Lammert (CDU)

Bewilligungspraxis der Landesregierung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass über die Bewilligungsbescheide für Zuwendungen an kommunale Gebietskörperschaften zunächst der Antragsteller und dann die Öffentlichkeit oder andere Institutionen, Mandatsträger oder Persönlichkeiten informiert werden sollen?
2. Wie begründet die Landesregierung die gängige Praxis, dass in solchen Fällen oft zunächst Mitglieder der Regierungsfraktion des Landtags oder Mandatsträger der SPD-Parteiorganisation vor Ort vorab unterrichtet werden?
3. Ist diese Praxis nach Auffassung der Landesregierung mit geltenden rechtlichen Regelungen und Verfahrensbestimmungen des Landes oder der Landesregierung vereinbar?
4. Welche rechtliche Verbindlichkeit haben öffentliche Ankündigungen von Mitgliedern oder Vertretern der Landesregierung über beabsichtigte Bewilligungsbescheide oder finanzielle Förderungen oder entsprechende zur Veröffentlichung bestimmte oder freigegebene Informationen an die Antragsteller unmittelbar oder an sonstige Personen oder Institutionen für das Land?

**3. Abgeordneter
Günter Eymael (FDP)****Ausschank von Weinen aus dem Rheingau anlässlich des „Festaktes 60 Jahre Rheinland-Pfalz“**

Im Anschluss an den offiziellen Festakt zu 60 Jahren Rheinland-Pfalz wurde kein rheinland-pfälzischer Wein ausgeschenkt. Der den Ehrengästen angebotene Wein stammte aus dem hessischen Rheingau. In der Tat ist es so, dass die Landesregierung immer für Weine aus Rheinland-Pfalz wirbt, bei wichtigen Anlässen jedoch schon einige Male Weine und Sekte ausgeschenkt wurden, die nicht aus Rheinland-Pfalz stammen. So geschehen beim Empfang des Wirtschaftsministers anlässlich der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin und jetzt bei den offiziellen Feierlichkeiten des Landes zu „60 Jahren Rheinland-Pfalz“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Gibt es eine schriftliche Vereinbarung zwischen der Staatskanzlei und der mit der Bewirtung betrauten Servicegesellschaft bezüglich des Ausschankes von rheinland-pfälzischen Weinen nach dem offiziellen Festakt?
2. Welche Weine aus Rheinland-Pfalz waren nach der Vorverkostung für den Ausschank nach dem Festakt vorgesehen?
3. Waren letztlich preisliche Gründe für den Ausschank der Rheingau-Weine ausschlaggebend?
4. Wie will man in Zukunft ausschließen, dass auf offiziellen Veranstaltungen der Landesregierung nicht-rheinland-pfälzische Weine ausgeschenkt werden?

**4. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Gerd Schreiner (CDU)****Neonazi-Überfall am Mainzer Südbahnhof**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer ist generell und im konkreten Fall für die Begleitung von potentiellen Störern und die Sicherung unbeteiligter Reisender zuständig?
2. Hat es, wie berichtet, nach dem Vorfall am Mainzer Südbahnhof ein Kommunikationsproblem innerhalb der Polizei gegeben?
3. Welche Polizeikräfte standen an den jeweiligen Bahnhöfen zur Verfügung?
4. Welche Konsequenzen müssen aus dem Vorfall gezogen werden?

**5. Abgeordneter
Alfons Maximini (SPD)****Bedrohung durch den Borkenkäfer**

Nach Medienberichten droht aufgrund des warmen, trockenen Frühlings und der Sturmschäden durch Kyrill in diesem Jahr die Gefahr einer Borkenkäferplage. In diesem Zusammenhang werden in der Öffentlichkeit sinnvolle und weniger sinnvolle Präventivmaßnahmen zum Schutz der Bäume vor dem Schädling erwogen. Fakt ist, dass durch die ungewöhnlich hohen sommerlichen Temperaturen seit Anfang April die Borkenkäfer um Wochen früher mit ihrem Schwärmflug begonnen haben. Bei anhaltend warmer und trockener Witterung besteht die Gefahr, dass die Populationen stark ansteigen. Waldbesitzer und Forstleute müssen die Entwicklung der Borkenkäfer intensiv überwachen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie weit ist die Beseitigung der Sturmschäden durch Kyrill vorangeschritten (Aufarbeitungsstand)?
2. Welche Waldflächen/Regionen sind von der Borkenkäferkalamität besonders betroffen?
3. Welche Bekämpfungsmaßnahmen sind von den zuständigen Forstämtern eingeleitet worden?
4. Wie bewertet die Landesregierung Einzelstimmen, wonach Hubschrauber-Spritzungen durch ihre „hohe Vernebelung“ des Spritzmittels besonders effektiv seien und dementsprechend zum Einsatz kommen müssten?

6. Abgeordnete
Alexander Licht und
Ralf Seekatz (CDU)

Umsetzung des TPL-Konzeptes (Konzept Technischer Produktionsleiter) im Bereich Landesforsten Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Kommunen haben sich dem staatlichen TPL-Konzept bisher mit welcher Begründung angeschlossen?
2. Welche Kommunen haben sich dem staatlichen TPL-Konzept bisher mit welcher Begründung nicht angeschlossen?
3. In welcher Höhe werden auch die kommunalen Körperschaften, die sich ausdrücklich gegen die Umsetzung des TPL-Konzeptes in ihrem Waldbesitz entschieden haben, an der Finanzierung des TPL-Konzeptes beteiligt?
4. In welcher Art und Weise werden die Revierleiterinnen und Revierleiter in welchen Bereichen der technischen Produktion in das TPL-Konzept eingebunden?

7. Abgeordnete
Dr. Peter Schmitz und
Thomas Auler (FDP)

Überfall auf Bahnreisende am Mainzer Südbahnhof am 1. Mai 2007

Nach Medienberichten kam es in den Abendstunden des 1. Mai 2007 auf einem Bahnsteig des Südbahnhofs Mainz (Römisches Theater) zu einem Überfall von mutmaßlichen Neonazis auf Reisende. Eine 18-jährige Frau wurde dabei schwer verletzt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welcher Art waren die Einsatzvorbereitungen des Polizeipräsidiums Mainz, von denen Innenminister Bruch in einer Pressemitteilung vom 4. Mai spricht?
2. Treffen Presseinformationen zu, nach denen im Rahmen von „Präventionsmaßnahmen“ eingesetzte Polizeikräfte in Worms die Tätergruppe kontrollierten, ohne zu diesem Zeitpunkt von dem Vorfall in Mainz-Süd gewusst zu haben?
3. Wenn ja, wie ist dieses Informationsdefizit zu erklären und aus welchem Grund waren Polizisten in Worms, aber nicht in Mainz und Ludwigshafen eingesetzt?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung hinsichtlich der künftigen Einsatzplanung bei entsprechenden polizeilichen Lagen?

8. Abgeordneter
Hans Jürgen Noss (SPD)

Online-Gebäudebörse

Auf den Internetseiten der neuen Online-Gebäudebörse des Landes Rheinland-Pfalz präsentiert jeder rheinland-pfälzische Landkreis vier leer stehende, ortsbildprägende Gebäude von besonderem bauhistorischem Wert. Nach Angaben der Landesregierung soll mit der Online-Gebäudebörse potentiellen Käufern und Verkäufern eine kompakte Übersicht und ein schneller Kontakt zwischen Anbietern und Interessenten ermöglicht werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was waren die Hintergründe, die die Landesregierung zur Einrichtung einer Online-Gebäudebörse bewogen?
2. Auf wessen Vorschlag werden Gebäude in die Online-Gebäudebörse aufgenommen?
3. Welche Potentiale sieht die Landesregierung in einer Online-Gebäudebörse für die dorfverträgliche Möglichkeit der Weiterentwicklung von Wohnraum und Arbeitsplätzen und den ländlichen Tourismus?

**9. Abgeordnete
Marianne Grosse (SPD)****Kinder- und Jugendgesundheit in Rheinland-Pfalz**

Am 16. Mai 2007 wurden die Ergebnisse der Kinder- und Jugend-Gesundheitsstudie (KiGGS) vorgestellt, die im Auftrag der Bundesregierung erstellt wurde.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Projekte und Initiativen gibt es in Rheinland-Pfalz, um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen weiter zu fördern?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Stellenwert der Arbeit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz (LZG) für die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz?
3. In welcher Weise sind beispielsweise Kindergärten, Schulen, Vereine oder Jugendhäuser in Projekte zur Gesundheitsförderung und -prävention eingebunden?
4. In welchem Rahmen bewegen sich die im Haushalt bereitgestellten Mittel zur Förderung der Gesundheit von Kindern in Rheinland-Pfalz?

**10. Abgeordnete
Herbert Mertin und
Günter Eymael (FDP)****Deutliche Erhöhung der Steuereinnahmen in den Jahren 2007 und 2008**

Die Haushaltseinnahmen sollen im laufenden Jahr und im Jahr 2008 nach den Steuerprognosen deutlich über den Haushaltsansätzen liegen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch werden nach Einschätzung der Landesregierung die über den Haushaltsansätzen liegenden Mehreinnahmen im Jahr 2007 und im Jahr 2008 einerseits für das Land und andererseits für die Kommunen sein?
2. Bleibt es bei der Ankündigung von Finanzminister Deubel, dass es ohne Nachtragshaushalt keine zusätzlichen Ausgaben geben wird?
3. Wie wird die Landesregierung die zusätzlichen Haushaltseinnahmen konkret verwenden?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um einen nachhaltigen Schuldenabbau zu gewährleisten?

**11. Abgeordnete
Heribert Heinrich und
David Langner (SPD)****Die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz**

Die Bundesgartenschau 2011 in Koblenz wird ein Großereignis nicht nur für die Region, sondern für das gesamte Land Rheinland-Pfalz darstellen. Das UNESCO-Weltkulturerbe Mittelrheintal wird mit diesem Ereignis weit über die Grenzen des Landes hinaus einen neuen Schub erfahren und zusätzliche Touristen an den Rhein locken. Die Stadt Koblenz wird durch die Ausrichtung der Bundesgartenschau wichtige Infrastrukturmaßnahmen vorzeitig realisieren können und so an Lebensqualität und Attraktivität weiter zulegen können. Die Landesregierung hat zugesichert, die Stadt auch finanziell bei diesem Vorhaben zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Entscheidungen sind seitens der Landesregierung in diesem Zusammenhang verbindlich gefallen?
2. In welcher Höhe werden im Zuge der Bundesgartenschau finanzielle Landesmittel nach Koblenz fließen?
3. Wann werden die Mittel ausgezahlt?
4. Wie unterstützt das Land die Stadt Koblenz bei der Vorbereitung der Bundesgartenschau 2011?

12. Abgeordnete
Margit Mohr und
Manfred Nink (SPD)

Entwicklung des rheinland-pfälzischen Außenhandels

Nach aktuellen Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) Rheinessen hat der rheinland-pfälzische Außenhandel „rasant an Fahrt gewonnen“. Anlässlich des „Wirtschaftstages USA“ wurde von Seiten der IHK festgestellt, dass für die heimische Wirtschaft die USA der wichtigste Handelspartner außerhalb der EU sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung der rheinland-pfälzische Außenhandel mit den USA entwickelt?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den rheinland-pfälzischen Export innerhalb Europas?
3. Welche Branchen profitieren nach Kenntnis der Landesregierung besonders vom rheinland-pfälzischen Außenhandel?
4. Welche Unterstützung erfahren exportinteressierte Unternehmen in Rheinland-Pfalz?